Absender\*in

Adresse

Ort, Datum

An Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz

Bundeskanzleramt

Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

An Frau Bundesaußenministerin Annalena Baerbock

Auswärtige Amt

11013 Berlin

An Herrn Minister Robert Habeck

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

11019 Berlin

**Betreff: Offener Brief bezüglich eines Export-Verbotes von Drohnen-Zielerfassungssystemen**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler /

sehr geehrte Frau Bundesaußenministerin /

sehr geehrter Herr Minister,

die Bundesregierung ist mit einer Sperrminorität von 25,1% an der Firma „Hensoldt” beteiligt, die über ihre südafrikanische Tochterfirma Zielerfassungssysteme für bewaffnete Drohnen an die Türkei liefert.

Die Recherche beim ZDF hat das Magazin „Frontal“ gemacht, wo auf der ZDF-Homepage alle Details nachzulesen sind unter:

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/kampfdrohnen-tuerkei-hensoldt-100.html>

Aserbaidschan setzte die türkische Kampfdrohne Bayraktar TB 2 vor einem Jahr im Konflikt mit Armenien kriegsentscheidend ein. Seitdem ist diese Drohne sehr begehrt.

Die Türkei hat diese Drohnen inzwischen mit den deutschen Zielerfassungssystemen unter anderem an die Ukraine verkauft, deren Regierung diese auch bereits eingesetzt hat, z.B. gegen eine prorussische Stellung im Donbas.

Dieses Ereignis im Herbst letzten Jahres hat Russland aufgeschreckt und erheblich zur aktuellen Verschärfung der Lage zwischen der Ukraine und Russland beigetragen.

Die Bundesregierung hat es unseres Erachtens selbst in der Hand, über ihre Sperrminorität bei der Firma "Hensoldt", den Ukraine-Konflikt - möglicherweise auch den Konflikt im Jemen - bezüglich eines wichtigen militärischen Aspektes an einem wichtigen Punkt zukünftig zu entschärfen.

Daher fordern wir Sie auf, zum nächst möglichen Zeitpunkt den weiteren Export dieser Zielerfassungssysteme zu unterbinden.

Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, bitten wir Sie ebenfalls, auch keine anderen Rüstungsgüter an die Ukraine zu liefern und hier bei einem klaren Kurs zu bleiben.

Zur Entschärfung des Konfliktes sehen wir den Dialog über das Normandie-Format als den geeigneten Weg an, ebenso die verstärkte Einbindung der OSZE, der in den letzten Jahren eine wichtige deeskalierende Aufgabe zukam.

Mit freundlichen Grüßen